



Politforum Thun 1. März 2024

Legislaturplanung Kanton Bern

Am 18. Januar 2023 stellte der Regierungsrat der Öffentlichkeit die Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 vor. Die Legislaturplanung umfasst eine längerfristige Vision (Engagement 2030) sowie fünf übergeordnete strategische Ziele, die mit Entwicklungsschwerpunkten konkretisiert werden. Zusammen mit den Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung und externen Anspruchsgruppen will der Regierungsrat entlang der Ziele rund 80 Projekte umsetzen.

Drei Schlaglichter auf das Instrument der Legislaturplanung im Kanton Bern:

Departementalprinzip und Kollegialprinzip

Zu Beginn jeder Legislatur erarbeitet der Regierungsrat strategische Ziele und Entwicklungsschwerpunkte für den Kanton. Dabei sind die Erwartungen an den neu und heterogen zusammengesetzten Regierungsrat hoch. Unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind Antworten zu finden für Megatrends wie die digitale Transformation oder die demografische Entwicklung.

Regierungsmitglieder sind primär Vorsteherinnen und Vorsteher ihrer Direktion, neu gewählte Regierungsrätinnen und Regierungsräte müssen sich zudem rasch in die eigenen, laufenden Geschäfte einarbeiten. Das Legislaturprogramm hingegen soll übergeordnete Schwerpunktthemen enthalten. Es muss gelingen, politikfeldübergreifende Ziele offen und unabhängig von den Zuständigkeitsordnungen der Direktionen zu diskutieren und festzulegen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern erarbeitete die Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 während mehreren Klausuren, teilweise extra muros und begleitet durch eine externe Moderation.

Transparenz und Kommunikation

Legislaturziele schaffen Transparenz. Sie dienen der Verwaltung als Kompass und sind das übergeordnete Führungsinstrument der Regierung zur Steuerung und Kontrolle der Verwaltung und des Mitteleinsatzes. Die Ziele und Entwicklungsschwerpunkte der Legislaturplanung sind weiter die Grundlage des politischen Dialogs zwischen Exekutive und Parlament.

Der Grosse Rat und in der Vorberatung die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen befassten sich in der Frühlingssession 2023 intensiv mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026. Das Parlament nahm das Führungsinstrument der Regierung zur Kenntnis und brachte eigene Ideen mit der Verabschiedung von sechs Planungserklärungen ein.

Politischer Wille und Pfadoffenheit

Die Richtlinien der Regierungspolitik sind eine Momentaufnahme zu Beginn der Legislatur. Zukünftige Entwicklungen können bedingt antizipiert werden, Projekte und auch Ziele können und dürfen nicht statisch definiert werden. Geeignete Gefässe und Instrumente müssen laufende Justierungen im Sinne einer rollenden Planung ermöglichen.

Der Regierungsrat befasst sich einmal jährlich anhand einer aktualisierten Reviewtabelle mit dem Umsetzungsstand der Projekte und Perspektiven. Im Rahmen einer Jahresklausur werden die Fortschritte und Priorisierungen anhand der strategischen Zielsetzungen und Entwicklungsschwerpunkte überprüft und wo nötig neue Projekte oder Projektideen formuliert.

Bern, 19. Februar 2024 / Mirjam Tschumi